



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten

vom 18.09.2026 bis 25.09.2026

Arbeitskreis für Religionsfreiheit – Menschenrechte – verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Ägypten: Bei Rückkehr festgenommen	3
Deutschland: 10 Tage Gebet für jüdische Menschen	4
Deutschland: 4.200 Menschen beim „Marsch für das Leben“	5
Deutschland: Brandanschlag auf Bergische Synagoge in Wuppertal	7
Deutschland: Deutsche Indianer-Pionier-Mission wird zu „Pioniermission“	8
Deutschland: Gebetsnacht für Israel - Christen sollen sich vereinen	9
Deutschland: Mutmaßlicher IS-Anhänger soll Anschlag auf Kirche geplant haben	10
Deutschland: Proteste vor Fahrt zum „Marsch für das Leben“	11
Indonesien: Verwirrspiel um Kirchenbaugenehmigung	12
Kasachstan: Die neue Verfassung bekräftigt das Verbot der Todesstrafe	14
Kolumbien: Neues Verhältnis zu Israel	15
Mexiko: Priester in der Diözese Huejutla erschossen	16
Myanmar: "Ihr seid nicht vergessen"	17
Niederlande: Mehr als 2.000 Christen bekunden in Amsterdam Solidarität mit Israel	18
Sri Lanka: Urteil zu den Anschlägen an den Ostertagen 2019	19
Südsudan: Internationaler Tag des Friedens	20
Venezuela: Erdbebenkrise	21

Ägypten: Bei Rückkehr festgenommen

Schicksal dreier israelischer Beduinen in Ägypten unklar

(Von Israelnetz/ 23. September 2026) Vor einem halben Jahr haben ägyptische Behörden drei israelische Beduinen festgenommen. Seither gibt es kaum Informationen über ihren Verbleib, wie israelische Medien am Dienstag berichteten. Das israelische Außenministerium erklärte, bislang hätten die ägyptische Behörden trotz Anfrage keine befriedigende Auskunft erteilt. Die drei jungen Männer hatten in Ägypten Urlaub gemacht und waren auf dem Weg zurück nach Israel. Am Grenzübergang Taba wurden sie festgenommen. Ihren Familien wurde lediglich mitgeteilt, dass es sich hierbei um eine Angelegenheit der nationalen Sicherheit handele. (df)

Deutschland: 10 Tage Gebet für jüdische Menschen

Wir beten 10 Tage für jüdische Menschen, dass sie Jeschua als ihren Messias* lieben lernen. 11.09. bis 21.09.2026

10 Tage Gebet. Beten Sie mit!

So, wie alle Projekte von Beit Sar Shalom, wird auch das „10 Tage Gebet für jüdische Menschen“ ausschließlich über Spenden finanziert. Die Kosten für das Gebetsheft vom letzten Jahr konnten zum Teil durch direkte Spenden gedeckt werden. **Vielen Dank**, wenn Sie das mit ermöglicht haben!

Unser Anliegen ist es nach wie vor, dass alle Menschen das Gebetsheft **kostenlos** erhalten und ermutigt werden, für das jüdische Volk zu beten! Wenn Sie durch dieses Heft gesegnet wurden und das Projekt unterstützen wollen, dürfen Sie gerne etwas zu den Unkosten beitragen und unter dem Verwendungszweck „10 Tage Gebet“ spenden.

Gebetsheft 2026

Gebetsheft als PDF herunterladen oder kostenlos per Post bestellen:

[Gebetsheft 2026 als PDF herunterladen](#)

[Gebetsheft 2026 per Post bestellen \(Deutschland und Österreich\)](#)

[Gebetsheft 2026 per Post bestellen \(Schweiz\)](#)

Deutschland: 4.200 Menschen beim „Marsch für das Leben“

Berlin: Bundesverband Lebensrecht warnt vor einer „Normalisierung des Tötens“

Berlin (IDEA) – Rund 4.200 Menschen haben nach Angaben des Veranstalters, dem Bundesverband Lebensrecht (BVL/Berlin), am 19. September am „Marsch für das Leben“ in Berlin teilgenommen. Die Polizei sprach von etwa 2.200 Demonstranten sowie mehreren hundert Gegendemonstranten. Gegenüber anderen Medien nannten die Beamten eine Zahl von bis zu 300 Gegendemonstranten. Nach eigenen Angaben waren 1.150 Polizisten aus mehreren Bundesländern im Einsatz. Bei der Auftaktkundgebung am Washingtonplatz warnte die BVL-Vorsitzende Alexandra Maria Linder (Willich) vor einer „Normalisierung des Tötens unschuldiger Menschen“. Menschen würden „begrifflich entmenslicht“, nach willkürlichen Kriterien aussortiert und für weniger wert erklärt. Als Beispiele nannte Linder ein Gesetz im US-Bundesstaat Massachusetts, das Abtreibungen bis zur Geburt erlaube, sowie das Angebot der Euthanasie als „gleichwertige Alternative“ zu medizinischen Behandlungen in Teilen Kanadas.

Linder: Kinderwunsch junger Menschen sinkt erstmals

Die Demokratie in Deutschland sei vor allem dann in Gefahr, wenn ihre Grundlagen verlassen würden – etwa „wenn man versucht, vorgeburtliche Kinder aus dem Menschsein herauszudefinieren“ oder „zur bestellbaren Ware“ zu machen und Frauen „als Gebärmaschinen“ zu degradieren. Linder verwies zudem darauf, dass erstmals der Kinderwunsch junger Menschen sinke – aus Angst vor Krieg, Wirtschaftskrisen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Wer in schwierigen Lebenslagen – etwa in einem Schwangerschaftskonflikt, in Krankheit, mit Behinderung oder am Lebensende – zusätzlich einsam sei, treffe aufgrund mangelnder Hilfe möglicherweise „keine Lebens-, sondern eine Todesentscheidung“. Es sei Aufgabe der Gesellschaft, dafür zu sorgen, dass Menschen gar nicht erst in eine solche Lage kämen. Die Verteidigung jedes Lebens sei eine „zivilisatorische Aufgabe“ und eine Grundaufgabe eines modernen demokratischen Staates.

Kaminski: „Erst das Kind“

Die Bundesvorsitzende der „Aktion Lebensrecht für Alle“ (ALfA), Cornelia Kaminski (Fulda), widmete ihre Rede dem Thema der Leihmutterschaft. Sie berichtete von einem 14-jährigen Mädchen aus Georgien, das nach einer Schwangerschaft aus einem Frauenhaus geworfen worden sei und viermal als Leihmutter Kinder für fremde Menschen ausgetragen habe – „nicht aus Idealismus“, sondern aus purer Not. Kaminski wandte sich gegen die verbreitete Rede vom „Babyglück“ bei Leihmutterschaften prominenter Personen wie den CDU-Politikern Jens Spahn und Hendrik Streeck: „Da ist ein Baby in dieses Haus gekommen, das schon im Kreißsaal seine Mutter verloren hat.“ Für das Kind sei die austragende Mutter neun Monate lang „die ganze Welt“ gewesen. Werde es dieser sofort nach der Geburt entrisen, sei das „kein Babyglück“, sondern „ein Albtraum“ und „ein himmelschreiendes Unrecht“. Ein Verbot von Leihmutterschaft in Deutschland reiche nicht aus, solange wohlhabende Deutsche in die USA, die Ukraine oder Georgien ausweichen könnten. Sie betonte: „Erst das Kind – nicht die Bedürfnisse von Erwachsenen.“ Deutschland habe aufgrund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung: Schon einmal sei danach selektiert worden, wer ein Recht auf Leben habe und wer nicht. Nun müsse sich Deutschland an die Spitze einer Bewegung stellen, die Leihmutterschaft international verbietet.

Hüppe: Bluttest dient nur der Selektion

Der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete und Mitbegründer der „Christdemokraten für das Leben“ (CDL), Hubert Hüppe (Unna), kritisierte scharf die Kassenfinanzierung des nicht-invasiven Pränataltests (NIPT). Ein Staat sei „nicht inklusiv“, wenn er 60 Millionen Krankenkassenmittel ausgibt für einen Bluttest, der Trisomien feststellen soll, zum Beispiel das Down-Syndrom, nur um sie zu selektieren“. Der Test habe keinen therapeutischen Sinn und widerspreche der UN-Behindertenrechtskonvention. Neun von zehn Kindern mit Trisomie 21 würden vorgeburtlich getötet. Hüppe nannte es einen Skandal, dass ungeborene Menschen mit Behinderung in Deutschland bis zur Geburt abgetrieben werden dürften – selbst wenn sie außerhalb des Mutterleibes lebensfähig wären. Zugleich bekannte sich Hüppe zur Inklusion nach der Geburt: „Die Angst vor Menschen mit Behinderung wäre nicht so groß, wenn wir nicht immer getrennt aufwachsen würden.“

Godsey: „Jeden Tag für das Leben eintreten“

Der Präsident der US-Lebensrechtsorganisation „Heartbeat International“ (Columbus/Bundesstaat Ohio), Jor-El Godsey, rief dazu auf, den Einsatz für das Leben nicht auf öffentliche Demonstrationen zu beschränken. Kundgebungen forderten Politiker heraus, weckten das Bewusstsein und riefen zur Gerechtigkeit auf. „Aber wir können nicht nur einmal im Jahr marschieren. Wir müssen jeden Tag für das Leben eintreten.“ Innere Zweifel, wirtschaftliche Schwierigkeiten und kultureller Druck könnten Frauen inmitten einer ungeplanten Schwangerschaft davon überzeugen, dass eine Abtreibung ihre einzige Option sei. Wie der barmherzige Samariter müssten Christen in solchen Situationen ganz praktisch helfen – mit Hoffnung, Hilfe und einer führenden Hand. Schwangerenberatungsstellen und Hotlines leisteten diese Arbeit weltweit. „Heute marschieren wir für das Leben. Morgen lasst uns das Leben feiern.“

Protestaktionen begleiten den Marsch

Wie in den Vorjahren wurde der Marsch auch von Protestaktionen begleitet. So veranstaltete das Berliner „Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung“ parallel eine Gegendemonstration unter dem Motto „Es reicht! Sichere und legale Schwangerschaftsabbrüche – JETZT!“. Unterstützer des Bündnisses sind unter anderem Bundestagsabgeordnete der Parteien Bündnis 90/Die Grünen, SPD und „Der Linken“, aber auch die „Omas gegen Rechts“, das Frauenwerk der Nordkirche und der Verband „pro familia“. Der Marsch wurde mehrfach durch zwischenrufende Gegendemonstranten am Straßenrand gestört. An einem Gebäude der Charité in der Luisenstraße seilten sich einige der Protestler auf einen gläsernen Verbindungsgang zwischen zwei gegenüberliegenden Gebäuden des Krankenhauses ab. Weitere zerschlugen ein Fenster, um auf den Gang zu gelangen. Sie versuchten, ein Banner zu entrollen und die Polizei hinderte sie dabei. Die Berliner Polizei meldete über den Vorfall auf dem Nachrichtendienst X, dass sich 30 bis 40 Personen Zutritt zur Charité verschafft hätten, die wegen des Verdachts auf Hausfriedensbruch überprüft wurden. Der nächste „Marsch für das Leben“ in Berlin findet am 18. September 2027 statt.

Deutschland: Brandanschlag auf Bergische Synagoge in Wuppertal

Mutmaßlicher Täter ist ein Afghane

Wuppertal (IDEA) – Ein 37-jähriger Afghane hat am 17. September mutmaßlich versucht, die Bergische Synagoge in Wuppertal in Brand zu setzen. Er wurde in Tatortnähe festgenommen, teilte die örtliche Polizei mit. Das Verfahren werde von der Staatsanwaltschaft geführt, hieß es auf Nachfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Der Tatverdächtige soll am 18. September dem Amtsgericht Wuppertal mit dem Antrag auf Erlass eines Haftbefehls vorgeführt werden. Ihm wird versuchte schwere Brandstiftung vorgeworfen. Im Falle einer Verurteilung droht ihm laut Staatsanwaltschaft eine Freiheitsstrafe zwischen drei Monaten und 15 Jahren. Bereits bei der Festnahme habe der Mann Äußerungen von sich gegeben, die auf ein antisemitisches Tatmotiv hindeuteten. Das berichtete der Pressedezernent der Staatsanwaltschaft Wuppertal, Oberstaatsanwalt Baumert. Der Beschuldigte sei wegen der Bedrohung einer Nachbarin vorbestraft. Der Mann hatte am 17. September gegen 14.00 Uhr an der Rückseite der Synagoge mit einem Brandsatz Feuer gelegt. Dort befindet sich die Eingangstür des zur Synagoge gehörenden Cafés „Negev“. An der Tür entstand Sachschaden. Personen in der Synagoge löschten den Brand zeitnah mit einem Feuerlöscher. Verletzt wurde nach Angaben der Staatsanwaltschaft niemand.

Messer und Machete in Wohnung gefunden

Am Abend des 17. September wurde die Wohnung des Beschuldigten auf richterlichen Beschluss durchsucht. Dabei fanden die Ermittler neben Unterlagen mehrere Messer und eine Machete, die griffbereit abgelegt waren. Sein bereits bei der Festnahme sichergestelltes Mobiltelefon werde derzeit von der Polizei ausgewertet. Die Ermittlungen dauern an.

Deutschland: Deutsche Indianer-Pionier-Mission wird zu „Pioniermission“

Der bisherige Name führte immer wieder zu Verwirrung und Nachfragen

St. Johann (IDEA) – Die Deutsche Indianer-Pionier-Mission (DIPM/St. Johann/Schwäbische Alb) benennt sich um in „Pioniermission“. Das gab Missionsleiter Reiner Prauss beim Jahresfest des Missionswerkes bekannt, wie der Sprecher der DIPM, Sebastian Groß, der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA sagte. Rund 300 Besucher kamen zu dem Treffen am 20. September. Groß erläuterte gegenüber IDEA die Hintergründe für die Umbenennung des Werkes. Der bisherige Name habe immer wieder zu Nachfragen geführt. Auch der Indianer-Begriff selbst sei zunehmend erklärungsbedürftig geworden. Besonders im inländischen Arbeitsbereich des Werkes habe das Wort für Verwirrung gesorgt. Schließlich seien hier nicht Indianer, sondern Menschen in Deutschland die Zielgruppe. Mit der Umbenennung solle jedoch auch klar werden: „Es gibt eine Kontinuität, es ist keine Absage an das Vergangene.“ Der Begriff „Pionier“ stehe weiterhin für die Arbeit unter sogenannten unerreichten Völkern, die noch nicht mit dem Evangelium in Kontakt gekommen sind. Die Namensänderung werde ab dem 17. Januar 2027 wirksam.

„Jesus hat mir offenbart, dass ich in drei Tagen zu ihm kommen darf“

Auf dem Jahresfest predigte unter anderen der Paraguay-Missionar Uli Ostertag unter der Überschrift „Ich lebe und ihr sollt auch leben“ über Johannes 14. Dabei zeigte er auf, wie Jesus die Angst vor dem Tod und Geistern wegnehmen könne. Seine Frau Bärbel, eine Krankenschwester, sei eines Tages von einer Familie zu deren erkranktem Großvater gerufen worden. Dabei habe dieser gesagt: „Jesus hat mir offenbart, dass ich in drei Tagen zu ihm kommen darf.“ In dieser Zeit habe er seine Kinder um sich versammelt. Besonders eindrücklich sei für die indigene Familie mit ihrem animistischen Hintergrund gewesen, dass er seinen Söhnen sagte: „Ihr müsst keine Angst haben, ich werde mich nicht in einen Totengeist verwandeln.“ Zum Hintergrund: In der dortigen indigenen Bevölkerung ist die Angst vor deren Unwesen so verbreitet, dass manchmal die Hütten der Verstorbenen verbrannt werden, um Unheil abzuwehren. Ostertag zufolge hat der Großvater seinen Angehörigen auch gesagt, sie hätten auch die Möglichkeit, zu Jesus zu gehören. Dann brauchten auch sie keine Angst vor dem Tod mehr zu haben.

Für mindestens drei Menschen im eigenen Umfeld beten

Am Nachmittag regte der Bereichsleiter Deutschland, Tobias Maier, die Teilnehmer an, für mindestens drei Menschen im eigenen Umfeld zu beten. Groß erläuterte, Grundlage dafür seien echte Beziehungen, in denen man den anderen auch nahe an sich heranlasse. „Da wird man ernst genommen, da spricht man miteinander, da kann man auch Glauben teilen.“ Die DIPM ist mit rund 50 Mitarbeitern in Brasilien, Paraguay und Costa Rica tätig. In Deutschland beschäftigt sie 43 Mitarbeiter. Außerdem fördert das Werk das missionarische Engagement von Gemeinden und Landeskirchlichen Gemeinschaften durch Evangelisationen, Schulungen sowie die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Es gehört zur Arbeitsgemeinschaft Evangelikaler Missionen (AEM).

Deutschland: Gebetsnacht für Israel – Christen sollen sich vereinen

„Und du sollst lieben“ – Motto knüpft an Botschaft nach Hamas-Massaker an

Herrenberg (IDEA) – Christen aus ganz Deutschland sind zur Teilnahme an einer Nationalen Gebetsnacht für Israel am 7. Oktober aufgerufen. Eingeladen hat die Organisation „Christen an der Seite Israels“ (CSI/Herrenberg). Mitveranstalter sind der Bibelpodcast „bibletunes“ (Eimeldingen bei Lörrach) und das Christliche Gästezentrum Württemberg „Schönblick“ (Schwäbisch Gmünd). Unter dem Motto „Und du sollst lieben“ sollen Christen mobilisiert werden, um gemeinsam für Israel zu beten und sich gegen Antisemitismus zu stellen. Das Motto knüpft nach Angaben von CSI an eine künstlerische Aktion nach dem Hamas-Massaker vom 7. Oktober 2023 an. Ein Künstler habe die hebräischen Worte „we’ahavta“ („Und du sollst lieben“) auf die verkohlten Fahrzeuge des Autofriedhofs auf dem Gelände des Nova-Festivals geschrieben. Die Worte finden sich sowohl im Doppelgebot der Liebe als auch im „Schma Israel“ (Höre, Israel), dem zentralen jüdischen Glaubensbekenntnis. Zum Hintergrund: Das Supernova Sukkot Gathering, kurz Nova-Festival, war ein Freiluft-Musikfestival in der westlichen Negev-Wüste rund fünf Kilometer von der Grenze zum Gazastreifen entfernt. Schwerebewaffnete Hamas-Terroristen drangen am 7. Oktober 2023 nach dem Durchbrechen der Grenzanlagen in das laufende Festival ein. Sie töteten 378 Menschen, darunter 344 Zivilisten und 34 Sicherheitskräfte. 44 Besucher wurden als Geiseln in den Gazastreifen verschleppt. Der Anschlag gilt als tödlichster Angriff auf ein Musikereignis weltweit.

Themenblöcke zu biblischen Texten

Durch das Programm der Gebetsnacht führen der CSI-Bereichsleiter für Theologie und Gemeinde, Pastor Tobias Krämer, sowie die evangelische Pfarrerin und nationale Gebetsnetzwerkerin Bettina Auerswald. Zur Eröffnung um 19 Uhr spricht der 1. Vorsitzende von CSI, Christian Frach. In halbstündigen Blöcken wird zu verschiedenen biblischen Texten gebetet. Kurz vor Mitternacht beschließt Krämer die Gebetsnacht unter dem Titel „Neues blüht auf“. Anmeldungen sind auf der [Webseite von CSI](#) möglich.

Deutschland: Mutmaßlicher IS-Anhänger soll Anschlag auf Kirche geplant haben

Bundesanwaltschaft lässt Iraker in Brandenburg festnehmen

Karlsruhe (IDEA) – Die Bundesanwaltschaft hat einen irakischen Staatsangehörigen gefasst, der einen Anschlag auf eine Kirche in Bremen geplant haben soll. Beamte des Bundeskriminalamts und der Bundespolizei nahmen den Beschuldigten Gailan Al-M. am 17. September im Landkreis Barnim (Brandenburg) fest. Das teilte die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe mit. Grundlage sei ein Haftbefehl des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofs vom 8. September. Dem Mann wird die versuchte Gründung einer terroristischen Vereinigung, die Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat sowie ein Verstoß gegen das Waffengesetz zur Last gelegt. Nach Angaben der Bundesanwaltschaft teilt Al-M. die radikal-islamistische Ideologie der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS). Im Frühjahr 2025 habe er geplant, gemeinsam mit weiteren Personen Anschläge in Deutschland gegen „Ungläubige“ zu verüben.

Kirche als erstes Anschlagziel ausgekundschaftet

Der Beschuldigte habe sich bereits eine Schusswaffe beschafft und eine Kirche in Bremen ausgekundschaftet. Diese sollte nach Al-M. das erste Ziel der Gruppe sein. Eine bislang unbekannte Person habe der Beschuldigte für seine Pläne gewinnen können. Das Anwerben weiterer Mitstreiter sei jedoch gescheitert. Noch am Tag der Festnahme wurde Al-M. dem Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs vorgeführt. Dieser eröffnete den Haftbefehl und ordnete Untersuchungshaft an.

Deutschland: Proteste vor Fahrt zum „Marsch für das Leben“

Bremen: St.-Martini-Gemeinde: Polizei sichert Abfahrt des Busses nach Berlin

Bremen (IDEA) – Vor der Abfahrt eines Busses der evangelischen St.-Martini-Gemeinde zum „Marsch für das Leben“ nach Berlin ist es am 19. September zu Protesten gekommen. Rund 40 Gegendemonstranten versammelten sich gegen 5.30 Uhr mit Plakaten vor der Kirche. Das berichtete der Bauherr (Kirchenvorsteher) der Gemeinde, Jürgen Fischer, der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Die Protestierenden hatten eine Kundgebung angemeldet und vom Ordnungsamt einen Platz direkt gegenüber der evangelischen Kirche zugewiesen bekommen.

Polizei sichert Abfahrt ab

Fischer äußerte sich lobend über den Einsatz der Beamten: „Die waren in diesem Jahr wirklich mit starken Kräften vor Ort und top organisiert – top geplant, top organisiert.“ Bereits vor fünf Uhr seien mehrere Mannschaftswagen präsent gewesen. Als der Bus eintraf, der die 50 Lebensrechtler nach Berlin bringen sollte, sei dieser sofort von den Polizisten abgesichert worden. So hätten die Teilnehmer ungestört einsteigen können. Zuvor hatten sie sich in der Gemeinde zu einer Andacht und zu gemeinsamem Gebet versammelt. Die Polizei eskortierte den Bus anschließend einige Kilometer. Mit den Beamten sei vereinbart worden, keine Gespräche mit den Demonstranten zu suchen, so Fischer: „Aufgabe war jetzt nicht, zu missionieren.“ Entscheidend sei gewesen, „die Sache ruhig zu halten, der Polizei die Arbeit nicht zu erschweren und dann einsteigen und fahren zu können“.

Gottesdienststörung bereits am Sonntag zuvor

Bereits am 13. September hatten sich laut Fischer während des Gottesdienstes 15 bis 20 Personen vor der Kirche versammelt und mit Lautsprechern Parolen in Richtung des Gotteshauses gerufen. Diese seien auch im Inneren während der Predigt zu hören gewesen. Vorstandsmitglieder hätten die Polizei gerufen, woraufhin sich die Protestierenden zurückgezogen hätten. Einige seien noch eine Zeit lang mit Plakaten vor der Kirche geblieben. In diesem Zusammenhang sei zur erneuten Kundgebung am 19. September aufgerufen worden. Im Vorfeld hätten bibeltreue Gemeinden – sowohl innerhalb der Landeskirche als auch in Freikirchen – für den „Marsch für das Leben“ und die Reise nach Berlin gebetet. Teilnehmer, die aus Angst vor Gegendemonstranten abgesagt hätten, seien Fischer nicht bekannt.

Eskalation im Vorjahr

Mitglieder der St.-Martini-Gemeinde fahren nach Angaben Fischers seit Jahren mit einem Bus zum „Marsch für das Leben“ nach Berlin. Die Proteste vor der Martinikirche hätten sich zuletzt gesteigert. Zunächst hätten nur zwei oder drei Personen mit Plakaten auf der Verkehrsinsel gestanden. „Und im letzten Jahr ist es dann komplett eskaliert.“ 2025 hatten rund 30 Linksradike die Weiterfahrt des Busses mit etwa 50 Insassen blockiert. Sie riefen Parolen wie „Wir treten entgegen dem Marsch für das Leben“ und „Hätte Maria abgetrieben, wärt ihr uns erspart geblieben“. Die St.-Martini-Gemeinde und einige Mitfahrer erstatteten Anzeige. Die Staatsanwaltschaft stellte die [Verfahren](#) im Sommer jedoch ein.

Indonesien: Verwirrspiel um Kirchenbaugenehmigung

"Daher muss der Streit zwischen der Gemeinde und der Kirche durch Verhandlungen beigelegt werden", sagte er und fügte hinzu, dass dies unter strenger Aufsicht der zuständigen Regierungsbehörden erfolgen müsse, von der untersten bis zur obersten Ebene.

Muslime aus der Gegend, die am 14. August gegen den Kirchenbau protestierten, hielten drei Transparente hoch. Auf einem stand: „Wir, die muslimischen Bewohner von RW 05, insbesondere RT 01/RW 05, Dukuh Kukun, möchten die interreligiöse Harmonie bewahren; derzeit gibt es keine Einigung oder Zustimmung der Bewohner bezüglich dieses Kirchenbaus, daher bitten wir, diese Angelegenheit zuerst zu klären.“

Auf einem zweiten Transparent stand: „Beschuldigen Sie die Anwohner nicht der Intoleranz!!! Diese Kirche wird ohne die Erlaubnis der Anwohner von Dukuh Kukun (RT 01/RW 05) gebaut, einem Gebiet, das in unseren Zuständigkeitsbereich fällt.“

Auf dem dritten Transparent hieß es: „Wir, die Anwohner, sind uns in dieser Haltung einig. Bitte klären Sie das Problem zuerst. Wenn die Kirchenbehörden nichts unternehmen, geben Sie uns nicht die Schuld dafür, dass wir den Bau stoppen.“

Ein Anwohner, der anonym bleiben wollte, wies im Gemeindesaal von RT 01 RW 05 in Dukuh Kukun auf eine Diskrepanz zwischen dem in der behördlichen Genehmigung angegebenen Standort

„Die Frage, die von Seiten der Nachbarschaftsvereinigung 01 aufgeworfen wurde, lautet: Warum wurde die Baugenehmigung für das Gebiet der Nachbarschaftsvereinigung 07 erteilt, während die Kirche tatsächlich im Gebiet der RT 1 gebaut wird?“, soll der Anwohner gesagt haben.

Obwohl er die rechtlichen Verfahren bezüglich der Erteilung der Genehmigung und der Diskrepanz beim Standort in Frage stellte, erklärte der Anwohner, es gebe keine Einwände gegen eine Kirche in der Nachbarschaft.

„Die Kirche an sich ist nicht das Problem. Eine Kultstätte könnte durchaus notwendig sein, da es sich um ein CitraLand-Gebiet handelt“, sagte der Anwohner. „Unter dem Strich hat der RT-1-Vorsitzende gesagt: ‚Ich kann mich nicht daran erinnern, etwas unterschrieben zu haben; wie wurde dieser Antrag genehmigt?‘ So verstehe ich die Situation.“

Der Bezirksvorsteher von Pakal, Zainuddin Fanani, erklärte, der Widerstand gegen den Bau beruhe auf einem Missverständnis. Er fügte hinzu, dass sein Büro und andere betroffene Parteien daran arbeiteten, die Angelegenheit im Dialog mit den Anwohnern zu klären, berichtete Detik.com.

Tanjung Iswandaru, Leiter der Behörde für nationale Einheit und Politik in Surabaya, äußerte sich ähnlich.

„Das Hauptproblem ist eine Fehlkommunikation. Was benötigt wird, ist einfach nur Kommunikation zwischen den Anwohnern und der Kirche“, sagte er laut „Persatuan Indonesia untuk Semua“ in einem am 18. August veröffentlichten Video, das 98.000 Likes und mehr als 8.396 Aufrufe erhielt.

Der Bürgermeister von Surabaya, Eri Cahyadi, hat die Öffentlichkeit dazu aufgefordert, den Protest nicht als Akt des Widerstands gegen den Bau einer Kultstätte darzustellen.

„Sagt also nicht: ‚Oh, der Bau einer Moschee wird abgelehnt, der Bau einer Kirche wird abgelehnt‘ – das ist nicht der Fall“, erklärte er laut Lentera.co.

Der Bürgermeister sagte, die Ablehnung des Kirchenbaus müsse im Kontext des ursprünglichen Plans für die Wohnsiedlung betrachtet werden, insbesondere hinsichtlich der Umweltauswirkungen und möglicher Verkehrsstaus innerhalb des Wohngebiets.

„Wir müssen prüfen, ob der Kirchenbau mit dem ursprünglichen Plan vereinbar ist“, sagte Eri am 14. August gegenüber Reportern im Stadtrat von Surabaya. „Jedes Wohnbauprojekt oder Bauvorhaben verfügt über einen Bebauungsplan. Dieser Bebauungsplan erfordert Umwelt- und Verkehrsauswirkungsanalysen, bei denen Verkehrsstaus und andere Faktoren berücksichtigt werden.“

Eri erklärte, er habe seine Mitarbeiter angewiesen, die ursprünglichen Unterlagen des Bebauungsplans hinsichtlich der Nutzung öffentlicher Einrichtungen an diesem Standort erneut zu prüfen.

Maria Nancy Rosalina, Managerin von CitraLand Surabaya (einem großen Wohnkomplex), erklärte, das Unternehmen unterstütze die Lösung des Problems durch einen konstruktiven Dialog voll und ganz.

„Die Geschäftsführung von CitraLand ist sich der Situation bezüglich des geplanten Baus einer Kultstätte im Gebiet CitraLand Utara bewusst“, sagte Rosalina gegenüber Detik.com. „CitraLand respektiert die Religionsfreiheit, den sozialen Frieden und alle laufenden Prozesse im Einklang mit den geltenden Gesetzen. Wir befürworten eine Lösung im Dialog, die beiden Seiten zugutekommt, damit der Bau in Zukunft reibungslos fortgesetzt werden kann.“

Der Verfechter der Religionsfreiheit Permadi Arya, alias Abu Janda, zeigte sich schockiert darüber, dass der Widerstand gegen den Bau einer Kirche ausgerechnet aus einer Stadt wie Surabaya kommt.

„Wie ist es möglich, dass es in Surabaya einen solchen Widerstand gegen eine Kirche gibt? Ich dachte, die Menschen in Surabaya wären alle vernünftig“, sagte er in einem TikTok-Video. „Und dennoch schreiben sie selbstbewusst: ‚Beschuldigt uns nicht, intolerante Bürger zu sein.‘“

Ein weiterer Einwohner von Surabaya, Entras Wahyu Djatmiko, bezeichnete den Widerstand als eine Blamage für die Stadt.

„Lasst uns die Haupttäter und Drahtzieher finden; ich bin mir sicher, dass sie keine echten Einheimischen aus Surabaya sind“, schrieb Entras.

<https://morningstarnews.org/2026/09/muslims-stall-construction-of-church-building-in-indonesia/>

Kasachstan: Die neue Verfassung bekräftigt das Verbot der Todesstrafe

„Die Menschenwürde ist unantastbar“

Astana (Fides) – In Kasachstan wird niemand zum Tode verurteilt. Zugleich schützt der Staat die unanfechtbare Würde jedes Menschen. Dies ist in der neuen Verfassung Kasachstans festgeschrieben, die am 15. März 2026 per Referendum angenommen wurde und am 1. Juli 2026 in Kraft trat.

Der Übergang zur neuen Verfassung hat die bereits in den vergangenen Jahren getroffene Entscheidung endgültig verankert und das absolute Verbot der Todesstrafe bestätigt.

Gegenüber dem Fidesdienst kommentiert dies Pater Gabriel Jocher, österreichischer Priester der Kongregation der Diener Jesu und Mariens (SJM) und Nationaldirektor der Päpstlichen Missionswerke (POM) in Kasachstan: „Kasachstan hat das Verbot der Todesstrafe erneut ausdrücklich bestätigt. Aus christlicher Sicht ist dies ein Grund zur Freude. Die Würde des Menschen geht auch dann nicht verloren, wenn jemand ein schweres Verbrechen begangen hat. Zugleich bedeutet die Achtung des menschlichen Lebens nicht, dass rechtswidrige Handlungen außer Acht gelassen werden: Gerechtigkeit, Verantwortung und der Schutz der Gesellschaft bleiben von grundlegender Bedeutung.“

Der Priester fährt fort: „Artikel 1 der Verfassung definiert den Menschen, sein Leben, seine Rechte und seine Freiheiten als höchste Werte des Staates. Artikel 17 legt fest, dass das Recht auf Leben ein unveräußerliches und unantastbares Recht jedes Menschen ist. Hinzu kommt die klare Bestimmung: Die Todesstrafe ist verboten.“

„Dieses Verbot“, erinnert der Missionar, „ist keine Neuerung; es war bereits in der vorherigen Verfassung vorgesehen. Mit seiner erneuten Verankerung hat Kasachstan sein verfassungsmäßiges Engagement zum Schutz des Lebens und der Menschenwürde bekräftigt. Wir können für diese Entscheidung und für diejenigen dankbar sein, die sie auf staatlicher Ebene unterstützt haben.“

Kasachstan hatte die Todesstrafe bereits im Juni 2022, mit einem Streichen aus der Verfassung, abgeschafft. Der Weg dorthin hatte fast 20 Jahre gedauert und mehrere entscheidende Schritte umfasst: ein Moratorium im Jahr 2003; die Ratifizierung des Zweiten Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte im Jahr 2021, mit dem sich der Staat völkerrechtlich verpflichtete, die Todesstrafe nicht mehr anzuwenden; sowie die Verabschiedung eines Parlamentsgesetzes im Dezember 2021, durch das die Todesstrafe aus sämtlichen Bestimmungen des Strafgesetzbuches gestrichen wurde. Damit entfielen auch die Ausnahmen für Straftaten, die in Kriegszeiten begangen werden. Schließlich wurde durch ein Verfassungsreferendum im Juni 2022 Artikel 15 der Verfassung geändert und um die Bestimmung ergänzt: „Die Todesstrafe ist verboten.“

Die Ausarbeitung der neuen kasachischen Verfassung von 2026 betraf weite Teile der bisherigen Rechtsordnung. Die neue Verfassung wurde mit 87,15 Prozent der Stimmen angenommen und soll nach offizieller Zielsetzung die Leitlinien für das „Neue Kasachstan“ festlegen und grundlegende Bürgerrechte verfassungsrechtlich absichern.

Bei der Neugestaltung der Bestimmungen zu Menschenrechten und Staatsordnung hielt die Verfassungskommission an bestimmten Grundsätzen fest, darunter am vollständigen Verbot der Todesstrafe. Dieses wurde unmittelbar in den Katalog der grundlegenden Menschenrechte aufgenommen. Das Verbot der Todesstrafe wurde dabei auch für Straftaten im Zusammenhang mit Terrorismus oder militärischen Verbrechen nicht eingeschränkt.

Die Abschaffung der Todesstrafe ist nur ein Bestandteil der von Präsident Kassym-Schomart Tokajew angestoßenen Aktualisierung der Verfassung. Der neue Text sieht weitreichende Reformen vor, darunter eine des Parlaments. Dieses ist nach der vollständigen Abschaffung des Senats zu einem Einkammerparlament geworden.

Außerdem wurde das Amt des Vizepräsidenten der Republik wieder eingeführt, das 1996 abgeschafft worden war. Neu geschaffen wurde zudem das vom Präsidenten ernannte Organ „Volksrat“, das das Recht besitzt, Gesetzesinitiativen vorzuschlagen und künftige Referenden einzuberufen.

Schließlich enthält die neue Verfassung erstmals eigene Kapitel zum Schutz der Privatsphäre und der digitalen Daten der Bürger sowie eine Neudefinition der Religionsfreiheit.

(PA) (Fides 21/9/2026)

Kolumbien: Neues Verhältnis zu Israel

(Von Israelnetz/ 23. September 2026) Kolumbien hat sich am Freitag aus der [Völkermordklage](#) gegen Israel zurückgezogen. Dies teilte der Internationale Gerichtshof in Den Haag am Dienstag mit. Unter seinem damaligen Präsidenten [Gustavo Petro](#) hatte sich das lateinamerikanische Land im April 2024 der von Südafrika initiierten Klage angeschlossen. Die beteiligten Staaten fordern das Gericht auf, zu untersuchen, ob Israel im Gazastreifen einen Völkermord begeht. Kolumbien hat mit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten Abelardo de la Espriella im August einen israelfreundlichen Kurs [eingeschlagen](#). (eh)

Mexiko: Priester in der Diözese Huejutla erschossen

Mexiko-Stadt (Fides) Pater Román de la Cruz Hernández, 48 Jahre alt, ist erschossen worden; seine Leiche wurde an der Straße Tolago-Tetlapaya an der Grenze zwischen den Gemeinden Lolotla und Tlanchinol im Bundesstaat Hidalgo in Zentralmexiko aufgefunden.

Die Polizei hatte einen Hinweis auf den Fund einer Leiche an diesem Straßenabschnitt erhalten. Als die Beamten am Tatort eintrafen, stellten sie fest, dass der Mann keine Lebenszeichen mehr aufwies und mehrere Schussverletzungen erlitten hatte. Das Opfer wurde anschließend als Román de la Cruz Hernández identifiziert, Pfarrer von Santa Cruz und Priester der Diözese Huejutla.

In der Nähe des Fundortes wurde ein weinroter Toyota Tacoma Pick-up mit einem Kennzeichen aus Baja California sowie ein Pappschild sichergestellt, auf dem offenbar eine Drohbotschaft stand. Die Behörden haben jedoch weder den Inhalt dieser Botschaft veröffentlicht noch ein mögliches Motiv für den Mord genannt.

Die Ermordung des Priesters hat in der mexikanischen Kirche große Bestürzung ausgelöst. In einer Erklärung schloss sich die Mexikanische Bischofskonferenz (CEM) Bischof José Hiraís Acosta Beltrán von Huejutla, den Priestern, den Mitgliedern der Institute des geweihten Lebens und der gesamten Diözesangemeinschaft an und forderte die Behörden auf, „eine gründliche Untersuchung durchzuführen, um diese Ereignisse aufzuklären und sicherzustellen, dass rasch Gerechtigkeit geübt wird“.

Die Botschaft ist unterzeichnet von Ramón Castro Castro, Bischof von Cuernavaca und Vorsitzender der CEM, sowie von Héctor M. Pérez Villarreal, Weihbischof von Mexiko und Generalsekretär.

Auch der Bischof von Huejutla, José Hiraís Acosta Beltrán, forderte die Gläubigen auf, jegliche Spekulationen zu vermeiden, „damit die zuständigen Behörden ihre Ermittlungen durchführen und Informationen zu dieser Tragödie vorlegen können“

„Angesichts des alarmierenden Ausmaßes der Gewalt in unserem Land“, so der Bischof, „fordern wir die Behörden dringend auf, eine gründliche Untersuchung durchzuführen und die Täter dieses Mordes, der sich in unserer Diözese ereignet hat, der Justiz zu überstellen. Wir fordern, dass dieses Verbrechen – und alle anderen Verbrechen, die unsere Nation heimgesucht haben – nicht ungestraft bleiben.“

Die Pfarrei Santa Cruz, in der Pater Román de la Cruz Hernández tätig war, ist eine etwa 1.500 Einwohner zählende Gemeinde in der Gemeinde Huejutla.

Das Gebiet liegt in einer Region, die von Auseinandersetzungen zwischen kriminellen Gruppen um die Kontrolle des illegalen Kraftstoffhandels geprägt ist. Zudem hatte die Diözese Huejutla am 14. August Alarm geschlagen, nachdem einige Kriminelle die Telefone mehrerer Priester gehackt hatten und, indem sie sich als diese ausgaben, versucht hatten, Geld von den Gemeindemitgliedern zu erpressen.

Pater Román de la Cruz Hernández wurde am 28. Juli 1978 in Mazahuacán, in der Gemeinde Lolotla, im Bundesstaat Hidalgo geboren. Er wurde am 18. Dezember 2006 zum Priester geweiht und war seit September 2024 der erste Diözesanpfarrer der Gemeinde Santa Cruz in Huejutla de Reyes in der Region Huasteca. Außerdem hatte er die Kommission für prophetische Seelsorge der Diözese Huejutla geleitet.

(L.M.) (Fides 18/9/2026)

Myanmar: "Ihr seid nicht vergessen"

Der Bischof zu den Vertriebenen im Bundesstaat Kachin sagte:

Myitkyina (Fides) – Hoffnung und geistlichen Beistand hat Bischof John Mung Ngawn La Sam von Myitkyina mehr als 1.000 Binnenvertriebenen im Flüchtlingslager Santa Teresa im Bundesstaat Kachin gebracht. Sie gelten als „die am stärksten gefährdeten Gläubigen der Diözese Myitkyina“. Die Region im Nordosten Myanmars ist seit Jahren vom Bürgerkrieg geprägt. Der Bischof besuchte das Lager am Sonntag, 20. September, gemeinsam mit mehreren Priestern und katholischen Ordensleuten sowie Laien. Er feierte die Sonntagsmesse und spendete sieben erwachsenen Gläubigen das Sakrament der Firmung. „Es war ein Moment der Gnade inmitten der anhaltenden Schwierigkeiten, mit denen die vertriebenen Familien konfrontiert sind“, berichtete der örtliche Pfarrer, Pater Peter Lazum Naw Bawk. Die Gläubigen hätten den Bischof und die Delegation herzlich empfangen. Zu ihr gehörte auch der Leiter der Caritas (Karuna Social Services).

Der Pastoralbesuch steht für das kontinuierliche Engagement der Kirche, Menschen zu begleiten, die von Vertreibung, Leid und dem bewaffneten Konflikt betroffen sind. „Die Gläubigen im Flüchtlingslager Santa Teresa haben die Bestätigung erhalten, dass sie weder von ihren Hirten noch von Gott vergessen werden“, betonte der Pfarrer.

Während der Eucharistiefeier sagte der Bischof zu den Gläubigen: „Gott ist immer bereit, uns zu segnen. Doch Gottes Segen erwächst aus einem Leben, das nach seinem Willen ausgerichtet ist. Wir sind Kinder Gottes, aber manchmal leben wir nicht nach dem Willen Gottes. Geliebte Kinder tun Gutes. Sie begnügen sich nicht mit einem bloß nominellen Christentum, sondern nehmen einen lebendigen und konkreten Glauben an und leben ihn. Sie bezeugen ihn im Alltag.“

„Man ist nicht ‚von Geburt an‘ katholisch“, mahnte der Bischof. „Man wird es, indem man den Willen Gottes erfüllt und die Gebote des Herrn Jesus befolgt. Heute müssen wir uns daran erinnern, dass wir Christen nicht nur dem Namen nach sind, sondern auch durch unser Handeln: als Menschen, die ihr Kreuz auf sich nehmen und dem Herrn Jesus nachfolgen.“ Angesichts der schwierigen und von Unsicherheit geprägten Lebensbedingungen brachte der Besuch des Bischofs der Gemeinschaft Trost und geistlichen Beistand. Die Feier der heiligen Messe und die Firmung waren für die sieben Erwachsenen, die das Sakrament empfingen, ein wichtiger Moment und eine Stärkung in ihrem Glauben.

Nach der Messe trafen der Bischof und seine Begleiterinnen und Begleiter die Schwestern des heiligen Paulus sowie die Schülerinnen und Schüler des nahe gelegenen Internats. Sie sprachen ihnen Mut zu und boten Unterstützung an. Während die Menschen mit großer Ungewissheit auf ihre Zukunft blicken, vermittelte der Pastoralbesuch eine klare Botschaft: Auch an einem Ort, der von Entwurzelung und Verlust geprägt ist, darf die Hoffnung nicht verloren gehen.

Im Flüchtlingslager Santa Teresa leben derzeit 480 Familien von Binnenvertriebenen, insgesamt mehr als 1.000 Menschen. Sie stammen aus den umliegenden Dörfern und haben sich im März 2025 aufgrund des anhaltenden Konflikts in der Region im Lager niedergelassen.

Der Bundesstaat Kachin im Nordosten Myanmars ist seit Jahren einer der wichtigsten Schauplätze des bewaffneten Konflikts im Land. Die Kämpfe zwischen der birmanischen Armee und der Kachin Independence Army (KIA), dem bewaffneten Arm der Kachin Independence Organisation, haben sich nach dem Militärputsch vom Februar 2021 verschärft. Die KIA kämpft gemeinsam mit anderen Widerstandsgruppen gegen die Armee.

Im Laufe des Jahres 2026 konzentrierten sich die Kämpfe insbesondere auf die Gebiete um Bhamo und Shwegu. Gleichzeitig versucht die Armee, ihre Stellungen zu festigen und wichtige Verkehrsverbindungen in Richtung Norden wieder zu öffnen. Nach Angaben der Vereinten Nationen waren im Juni allein im Bundesstaat Kachin rund 250.000 Menschen auf der Flucht. Die Zahl ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Die humanitäre Lage ist besonders schwierig. Militäroperationen, Kämpfe und Luftangriffe führen weiterhin zu neuen Vertreibungen und erschweren den Zugang zu humanitärer Hilfe. Auch UNICEF berichtete von einer Verschlechterung der Lage in Kachin. Aufgrund der zunehmenden Kämpfe mussten demnach erneut Menschen ihre Häuser verlassen, insbesondere in den Gebieten um Bhamo und Hpakant.

Nach Angaben der Vereinten Nationen sind 2026 in ganz Myanmar fast 3,8 Millionen Menschen aufgrund des seit mehr als fünf Jahren andauernden Bürgerkriegs auf der Flucht.

(PA) (Fides, 24/9/2026)

Niederlande: Mehr als 2.000 Christen bekunden in Amsterdam Solidarität mit Israel

Von Israelnetz/ 21. September 2026 - Mehr als 2.000 Christen haben am Donnerstagabend in der niederländischen Hauptstadt Amsterdam für mehr Solidarität und Zusammenhalt mit Israel demonstriert. Zu den Hauptrednern zählten der konservative Politiker Chris Stoffer und der Oberrabbiner Binyamin Jacobs. Einen halben Kilometer entfernt veranstalteten währenddessen etwa 100 Personen eine Protestaktion. Von ihnen wurden 45 nach Randalen festgenommen. Sie sollen gegen das städtische Verbot von Gegendemonstrationen verstoßen haben. Der israelische Botschafter Zvi Vapni [dankte](#) den Teilnehmern in Form einer Videobotschaft. (ste)

Sri Lanka: Urteil zu den Anschlägen an den Ostertagen 2019

15 Verurteilungen bei 24 Angeklagten

Colombo (Fides) – Im Verfahren zu den Anschlägen vom 21. April 2019, dem Ostersonntag, auf drei Kirchen und drei Luxushotels in Sri Lanka sind 15 der insgesamt 24 Angeklagten schuldig gesprochen worden. Bei den Attentaten wurden 279 Menschen getötet, darunter 45 Personen aus dem Ausland. Das Oberste Gericht in Colombo verkündete am 22. September das Urteil gegen 15 Männer, denen eine Beteiligung an den Anschlägen vorgeworfen wird. Zu den Verurteilten gehört Mohamed Nauffer Moulavi, den die Anklage als eine Schlüsselfigur im Zusammenhang mit der Planung der Anschläge bezeichnet hatte. Neun weitere Angeklagte wurden freigesprochen und sollen aus der Haft entlassen werden.

Das Richter Collegium verkündete die Schuldsprüche nach einem fast fünf Jahre dauernden Verfahren. Gegenstand waren mehr als 23.270 Anklagepunkte im Zusammenhang mit den Anschlägen, darunter Mord, Verschwörung zur Begehung terroristischer Handlungen sowie der Besitz von Schusswaffen und Sprengstoff nach dem Gesetz zur Verhinderung des Terrorismus. Die Verkündung des Strafmaßes steht noch aus; dabei könnte auch die Todesstrafe verhängt werden. Das Verfahren gilt als wichtigster Strafprozess gegen Personen, denen vorgeworfen wird, die Anschläge geplant oder mitorganisiert zu haben. Es waren die folgenschwersten Angriffe auf Zivilisten in der Geschichte Sri Lankas. Mohamed Nauffer Moulavi wurde als Anführer einer Gruppe identifiziert, die das aus acht Selbstmordattentätern bestehende Kommando unterstützt haben soll, das die Anschläge ausführte. Parallel zum Strafprozess lief eine gesonderte Untersuchung zu Vorwürfen, wonach einzelne Personen innerhalb des staatlichen Sicherheitsapparats Sri Lankas Verbindungen zu den Verantwortlichen der Anschläge gehabt haben könnten.

Nach den im Prozess vorgebrachten Erkenntnissen gehen die Ermittler davon aus, dass das Netzwerk geschaffen worden sein könnte, um eine Bedrohung der nationalen Sicherheit zu erzeugen und damit die politische Unterstützung für die Familie Rajapaksa zu stärken. Gotabaya Rajapaksa, der zuvor Verteidigungsminister gewesen war, wurde einige Monate nach den Anschlägen zum Präsidenten gewählt. Nach der von den Ermittlern vertretenen These sollte durch die Schaffung von Chaos Rajapaksa – den Politiker, der das Land 2009 zum Sieg über die tamilischen Separatisten geführt hatte – als derjenige dargestellt werden, der am besten geeignet sei, die Sicherheit wiederherzustellen. Rajapaksa und seine politischen Unterstützer weisen die Vorwürfe einer Beteiligung zurück.

Das Verfahren hat die katholische Gemeinschaft Sri Lankas durch die Anschläge auf Kirchen unmittelbar betroffen. Unter der Leitung von Kardinal Malcolm Ranjith, Erzbischof von Colombo, hat sie stets die Forderung nach „Wahrheit und Gerechtigkeit“ bekräftigt. Die Katholiken forderten wiederholt, die Drahtzieher der Anschläge sowie mögliche politische oder nachrichtendienstliche Verbindungen und die Quellen der Finanzierung und Ausbildung der Terroristen zu ermitteln.

In den vergangenen Jahren verlangten sie nachdrücklich die Ernennung eines unabhängigen Staatsanwalts, um die Ermittlungen zu beschleunigen und ihre Unbefangenheit zu gewährleisten. Entsprechende Forderungen richteten sich mit Nachdruck an die Regierungen unter den Präsidenten Rajapaksa und Wickremesinghe sowie zuletzt an die Regierung von Anura Kumara Dissanayake, der 2024 zum Präsidenten gewählt wurde. Zugleich erinnerte die katholische Kirche die politisch Verantwortlichen wiederholt an ihre Verpflichtung, die Wahrheit über die Anschläge ans Licht zu bringen.

Die Forderungen wurden von Demonstrationen, Menschenketten, Gedenkgottesdiensten und Gebetstreffen begleitet und trugen dazu bei, das Thema auch auf internationaler Ebene sichtbar zu machen. Zugleich setzte sich die katholische Gemeinschaft stets für das interreligiöse Zusammenleben ein und rief die Gläubigen dazu auf, keine Vergeltung an der muslimischen Gemeinschaft zu üben. Die Anschläge dürften, so die wiederholte Mahnung, nicht zu ethnischen oder religiösen Konflikten führen.

(PA) (Fides, 22/9/2026)

Südsudan: Internationaler Tag des Friedens

Der Bischof von Tombura-Yambio: „Unsere Wunden sind Teil unserer Geschichte; der Frieden ist das Erbe, das wir unseren Kindern hinterlassen müssen.“

Tombura-Yambio (Fides) – „In den Frieden investieren – für alle, überall, jeden Tag“: Das ist die zentrale Botschaft, die Bischof Barani Eduardo Hiiboro Kussala von Tombura-Yambio an die Bevölkerung des Sudan und des Südsudan richtet. Anlass ist der Internationale Tag des Friedens, der heute, am 21. September, begangen wird.

„Frieden ist mehr als die bloße Abwesenheit von Krieg. Er erfordert Gerechtigkeit, Würde, Sicherheit, Versöhnung und den Mut, Vertrauen wieder aufzubauen“, schreibt der Bischof, Vorsitzende der Kommission für Gerechtigkeit und Frieden der Katholischen Bischofskonferenz von Sudan und Südsudan (SSSCBC), in einer Erklärung, die Fides vorliegt. „Unsere Völker tragen seit zu langer Zeit Wunden. Doch unsere Wunden gehören zu unserer Geschichte; der Frieden ist das Erbe, das wir unseren Kindern hinterlassen müssen.“

Die Botschaft erwächst aus der Erfahrung von Menschen, die von „Konflikten, Vertreibung, Schmerz und Angst“ geprägt sind, aber, wie der Bischof betont, „weiterhin hoffen“. Deshalb ruft er dazu auf, besonders für die Opfer von Gewalt, vertriebene Familien, Flüchtlinge, Kinder, die in Angst aufwachsen, und für all jene zu beten, die noch immer die Wunden des Konflikts tragen.

In einer besonders schwierigen Phase für den Sudan und den Südsudan wendet sich Hiiboro an alle gesellschaftlichen Gruppen: politische Verantwortliche, Bürger, religiöse und traditionelle Autoritäten, Frauen und Jugendliche. „Unsere Unterschiede dürfen niemals zu einem Grund für Gewalt werden“, mahnt er. „Der Dialog soll an die Stelle der Konfrontation treten, und die öffentliche Gewalt muss dem Gemeinwohl dienen.“

Besonders geht der Bischof auf die Wahlen ein, auf die sich beide Länder vorbereiten. „Die Würde und die Rechte jedes Bürgers müssen geachtet werden“, fordert er. Die politische Beteiligung müsse „friedlich und frei von Angst, Einschüchterung und Gewalt“ erfolgen. Er fügt hinzu: „Politischer Dissens darf niemals dazu führen, dass der Nachbar zum Feind wird.“

Insbesondere die Jugendlichen ruft der Bischof von Tombura-Yambio dazu auf, das Erbe des Hasses nicht weiterzugeben: „Übernimmt nicht den Hass von gestern. Baut Brücken zwischen den Gemeinschaften und über Unterschiede hinweg. Entscheidet euch für Bildung, Glauben, Dienst und Versöhnung statt für Gewalt.“

Der Appell richtet sich schließlich auch an Familien, Kirchen, Moscheen, traditionelle Autoritäten und die Medien. Sie alle seien dazu aufgerufen, „Friedensstifter“ zu werden. „Unsere Worte und unser Handeln können die Wunden vertiefen oder dazu beitragen, sie zu heilen“, betont der Bischof.

Zum Abschluss vertraut Hiiboro die Menschen im Sudan und im Südsudan sowie alle, die sich für den Frieden einsetzen, Gott an: „Gott tröste die Leidenden, heile die Verwundeten, beschütze die Schutzbedürftigen, erleuchte unsere Verantwortlichen und stärke alle, die sich für Gerechtigkeit, Versöhnung und Frieden einsetzen.“

„Möge der Sudan Frieden finden. Möge der Südsudan Frieden finden. Möge Afrika Frieden finden“, so der Bischof. „Beginnen wir dort, wo der Frieden seinen Anfang nimmt: Der Frieden beginnt bei mir. Der Frieden beginnt bei dir. Der Frieden beginnt bei uns. Möge der Herr uns zu Werkzeugen seines Friedens machen.“

(AP) (Fides 21/9/2026)

Venezuela: Erdbebenkrise

Einen Monat, nachdem zwei Erdbeben den Norden Venezuelas verwüstet hatten, stieg die Zahl der Todesopfer auf über 6.000, doch die Suche nach weiteren Opfern geht weiter. Die massive Versorgung der Überlebenden und Rettungskräfte mit Lebensmitteln und Wasser ist nur der Anfang einer langfristigen Hilfsaktion. Das lokale Team von Trans World Radio arbeitet nicht nur mit anderen christlichen Organisationen und Helfern an vorderster Front zusammen, sondern riskiert auch den Einsatz in seinem beschädigten Gebäude, um weiterhin Sondersendungen aufzunehmen. Inmitten von Chaos, Leid, Verzweiflung und körperlicher Erschöpfung suchen die Menschen Gott. Es gibt eine ungewöhnlich hohe Nachfrage nach Bibeln. Unter den vielen Geschichten von bemerkenswerten Überlebenden finden sich auch solche von christlicher Errettung inmitten der Verzweiflung.

WORLDNEWS 333 Bridgeway Publications vom 15 Spetember 2026

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]